

Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exempl. direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. — 45 Kr. Oesterr. Währung.

Expedition: S. Alte Jacobstr. 64. bei J. Bey. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder vom

General-Rath.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. — 12 Kr. Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. — 9 Kr. Oesterr. Währ. für Zusendung v. Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. — 15 Kr. Oesterr. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Lenz, NW. Stromstraße 48.

Nr. 21.

Berlin, den 26. Mai 1882.

Neunter Jahrgang.

An die Mitglieder unseres Gewerksvereins!

Mit der nächsten Nummer d. Bl. wird die vom Generalrath beschlossene Veröffentlichung der Uebersicht über die Leistungen und den Stand unseres Gewerksvereins (einschl. Krankenkasse) erfolgen.

Derselben wird ein erläuternder Text in Form eines Aufrufes an die außerhalb unserer Vereinigung stehenden Berufsgenossen vorangehen, in welchem unter Hinweis auf die erzielten Resultate die Bestrebungen und Aufgaben unserer Vereinigung klar gelegt werden sollen, um aufs neue den Nutzen der Organisation dem Verständnis aller Kollegen nahezuführen und dieselben soweit möglich aus ihrer beklagenswerthen Theilnahmlosigkeit zu erwecken.

Zu diesem Zwecke wird die nächste Nummer unseres Organs an diejenigen Orte bezw. Personale, welche sich uns bisher noch nicht angeschlossen haben, versandt werden.

Daneben ist es aber selbstverständlich äußerst wünschenswerth, ja dringend nothwendig, daß unsere Mitglieder selbst der nächsten Nummer unseres Organs ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden, d. h. daß sie dieselbe weitmöglichst auch in ihrem engeren Kollegienkreise, in der Fabrik, überall wo sich dies thun läßt, für die Ausbreitung unserer Vereinigung auszunutzen suchen! Das sei unseren sämtlichen Vereinsgenossen hiermit dringend an's Herz gelegt, um ganz und voll den Zweck zu erreichen, den der Generalrath bei Festsetzung der Sache im Auge gehabt hat!

Wir dürfen uns, wie unsere Mitglieder sich durch den Augenschein überzeugen werden, unserer Leistungen und Erfolge in der kurzen Spanne Zeit unseres Bestehens wahrlich nicht schämen! Und was die Hauptsache, diese Erfolge, diese Zahlen sind durch die Arbeiter allein, ohne Zuthun von oben oder von anderer Seite, ja im Gegentheil noch unter fortwährenden Schwierigkeiten und Hindernissen von allen Seiten, erreicht worden! Das muß, das darf uns stärken zu neuer Kraft, neuem Ringen für unsere gute Sache!

Also frisch auf denn! Thue ein Jeder unter uns, auch das geringste Mitglied, soweit möglich seine Schuldigkeit und — wir dürfen überzeugt sein — unser Streben wird von Erfolg gekrönt sein.

• Weht doch bereits wiederum seit längerer Zeit ein erfreulicher, frischer Hauch durch unsere Reihen; haben sich doch, ganz aus sich selbst heraus, neuerdings erst wieder an drei Orten (es

sind dies, wie aus den Protokollen bekannt, die Orte: Stanowitz i. Schl., Königssteede und Tambach bei Götzen) die Kollegen unserer Vereinigung angeschlossen und sind selbstverständlich freudig willkommen geheißen worden.

Diese sich oft wiederholenden Vorgänge, der freie Anschluß der Kollegen ganz aus sich selbst heraus, sie sind doch wohl der beste Beweis für den guten Zweck unserer Sache, sie sind, so hoffen wir jetzt wiederum, von Neuem ein Anzeichen, daß die Erkenntniß sich nach und nach, wenn auch nur langsam, Bahn zu brechen beginnt.

Deshalb Vereinsgenossen! Nehmen wir uns alleamt das Versprechen ab, auch unsererseits, vom einfachen Mitgliede bis zu Vorstände, vom Vorstände bis zum Generalrath, nach Kräften in dieser Richtung wirken zu wollen. Versuchen wir da, wo die Erkenntniß unserer Aufgaben und Ziele noch nicht hingedrungen, nachzuhelfen, geben wir den Anstoß dazu, warten wir nicht überall auf die eigene, freie, oftmals aber ebendeshalb langsame Entschliebung! Wie oft bedarf es, bei der Zaghaftigkeit und Unentschlossenheit so vieler Menschen, nicht erst des Anstoßes und nur des Anstoßes, um eine womöglich lange im Innern schlummernde Absicht reif, zur That werden zu lassen!

Geben wir also da, wo es irgend thunlich und erfolgreich scheint, mit den erzielten Erfolgen hinter uns, diesen Anstoß! Der Generalrath selbst kann ohne die Unterstützung und Mitwirkung der Vereinsvorstände und Mitglieder nichts Wirksames unternehmen. Helfe deshalb ein Jeder wo er kann, durch Anknüpfung von Verbindungen und Meldung davon an den Generalrath, durch direkte Aufklärung und Belehrung über unsere Ziele u. s. w.

Neben der Veröffentlichung in nächster Nummer wird in ganz kurzer Zeit auch eine Broschüre, deren Inhalt im Wesentlichen derselbe ist, den Mitgliedern zur Verfügung stehen. Öffentlich wird auch von dieser Agitationschrift der weiteste Gebrauch durch unsere Mitglieder gemacht werden!

Frisch an's Werk denn! Das sei unsere Aufgabe. Das sei unser Gruß zum bevorstehenden, dem Zweck ja symbolisch völlig entsprechenden Pfingstfeste!

Georg Lenz.

Ans der ersten Berathung der Gesehentwürfe betreffend die Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter.

Im Reichstage fand am 15. und 16. Mai, wie bereits in

voriger Nummer erwähnt, die erste Berathung der Krankenversicherungs- in Verbindung mit der Unfallversicherungsvorlage statt.

Staatssekretär von Boetticher suchte zunächst die Vorlagen in eingehendster Weise zu begründen. Das Haus habe durch seinen Beschluß, beide Vorlagen zusammenzuberrathen, einen inneren Zusammenhang zwischen beiden anerkannt. Was die Krankenversicherung betrifft, so beklagt Redner, daß das Gesetz vom 7. April 1876 und ebenso das Gesetz vom 8. April 1876 die an sie geknüpften Erwartungen nicht erfüllt haben. In Preußen haben bis zum Schluß des Jahres 1880 nur 559 Krankenkassen für Arbeiter mit 122 864 Mitgliedern die Rechte eingeschriebener Hilfskassen erlangt; davon sind aber nur 112 Kassen neu errichtet worden, die übrigen 447 sind aus bereits vorher bestehenden in eingeschriebene Hilfskassen umgewandelt. In den übrigen Bundesstaaten sind bis zum Schluß des Jahres 1880 im Ganzen nur 321 Hilfskrankenkassen eingeschrieben worden, davon sind 160 neue, die übrigen 161 aber umgewandelt. In Preußen sei das gesammte Krankenkassenwesen seit 1876 zurückgegangen. Es sei deshalb angezeigt, die Hilfskassengesetzgebung zu reformiren, den Beitrittszwang einzuführen. Die beiden vorgelegten Entwürfe, fährt der Minister sodann fort, weichen wesentlich ab von den Prinzipien der früheren Gesetze und Entwürfe, und die verbündeten Regierungen hätten sich nicht entschließen können, das Prinzip der vorjährigen Vorlage, oder des von den liberalen Parteien vorgelegten Gesetzentwurfs zu akzeptiren. Eingehend legt der Minister nunmehr die Prinzipien und den Aufbau der vorgelegten Entwürfe dar und spricht die Ansicht aus, daß nach Durchführung des Krankenkassenwesens die wirtschaftliche Lage des Arbeiters außerordentlich gehoben würde; er erläutert die vorgeschlagene Bildung der Genossenschaften in geographischen Verbänden und in Betriebsgenossenschaften. Bei der weiteren Auseinandersetzung verweist der Minister darauf, daß die Vorlage von Neuem eine Beihilfe des Reiches vorschläge, weil die wiederholten eingehenden Erwägungen dieser Frage ergeben haben, daß diese Beihilfe ein billiges Äquivalent für die aus der Regelung der Unfallversicherung sich ergebende Erleichterung der öffentlichen Armenlast sei. Er schließt mit der Zusage, bei den Verhandlungen der Kommission die Vorschläge der Regierung noch weiter zu detailliren, und mit der dringenden Bitte, noch in dieser Session ein Werk zu Stande zu bringen, welches Bedürfnis und welches dem Vaterlande hoffentlich zum Segen gereichen werde.

Nach Beendigung der Darlegungen des Ministers ergreift als erster Redner im Namen der Fortschrittspartei das Wort der Abg. Dr. Hirsch*): Ich kann versichern, daß wir auch mit dem größten Ernst, der noch gesteigert ist durch die Ergebnisse der Statistik und die neueste Trauerkunde über das Unglück in der Grube Pluto, an die Berathung herantreten, wie meine politischen Freunde schon seit Jahren bekundet haben. Wir hätten nur gewünscht, daß die Regierung uns die Aufgabe etwas weniger erschwert hätte. Wir haben in der Vorlage ein wahres Paragrafenlabyrinth vor uns und die Verbindung der Unfall- mit der Krankenversicherungsvorlage häuft nur die Schwierigkeiten. Das Charakterische an dem neuen Unfallentwurf ist die genossenschaftliche Organisation: dieselbe macht aber wie eine orientalische Stadt nur aus der Ferne einen guten Eindruck. Genossenschaften sind bei uns in Deutschland nichts Neues, wie die Motive anzunehmen scheinen, alle anderen Nationen beneiden uns um die bewährten Genossenschaften Schulze-Delitzsch's und auch auf dem Versicherungsgebiete bestehen seit vielen Jahren zahlreiche und lebensfähige Genossenschaften, Hilfs- und Pensionskassen. Daß in 4 Jahren, wie der Minister angeführt, 880 Krankenkassen sich freiwillig unter das Hilfskassengesetz gestellt, ist geradezu ein glänzendes Zeugnis und wenn die Gesamtzahl der Kassen etwas zurückgegangen, so ist das kein Wunder unter den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnissen, zumal das Sozialistengesetz eine Zahl bedeutender Kassen als Opfer gefordert. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß ich es für wünschenswerth halte, wenn die Unternehmer womöglich auch unter Betheiligung der Arbeiter für gewisse Dinge wenigstens sich zu Genossenschaften vereinigen. Das ist auch bereits in mehreren großen Industrien erfolgt, und wo es noch nicht geschehen ist, würde unbedingt durch die Annahme eines Haftpflichtgesetzes, wie wir es vorgeschlagen, die

Pression ausgeübt, nunmehr zusammenzutreten. Die Genossenschaften dieses Gesetzes sind eben gar keine wahren Genossenschaften. Worauf beruhen diese Genossenschaften? Auf den Gefahrenklassen und diese wiederum auf einer statistischen Erhebung, die soeben gerühmt worden ist, die ich aber für durchaus nicht so zuverlässig halte, um ein so großartiges Gesetz darauf aufzubauen; selbst die Motive des Gesetzes geben diese Unzuverlässigkeit zu. Wie kommt man dazu, 750 Mark als Durchschnittslohn von 2 Millionen deutscher Arbeiter hinzustellen. Ich habe mich auch etwas mit Lohnstatistik beschäftigt, eingehend und speziell beschäftigt, wie Ihnen bekannt sein wird, ich muß aber erklären, daß ich Niemand in Deutschland für befähigt halte, hierüber etwas festzustellen, wollen Sie aber den wirklich stattgehabten Erhebungen und denen der deutschen Gewerksvereine Glauben schenken und als berichtigende Ergänzung die Statistik der Concordia, also der Arbeitgeber, hinzunehmen, so ergibt sich ein Durchschnittslohn nicht von 750, sondern von 583 Mark. Von dieser Unsicherheit der Grundlage abgesehen ist es überhaupt nicht zutreffend, eine so äußerlich einheitliche und veränderliche Sache wie die bloße Unfallgefahr als Grundlage und Prinzip des Genossenschaftswesens hinzustellen. Das hat ja der Herr Staatssekretär selbst zugestanden. Er hat die Auffassung, daß das Genossenschaftswesen der Träger der gesammten sozialen Reform sein solle, für einen Irrthum erklärt, es müßte für jede Funktion auch eine besondere Organisation stattfinden. Es ist schon schwer genug eine Organisation zu schaffen, geschweige denn für jede derartige Aufgabe eine neue Organisation für ganz Deutschland noch neben alle den territorialen Organisationen der Selbstverwaltung. Wohin soll das führen? Rothwendig ist es nicht, darüber hätten die frei gebildeten Genossenschaften den Herrn Minister belehren können. Wir haben in den Arbeitergewerksverbänden, den Gewerksvereinen und manchen anderen gerade solche Organisationen, welche die verschiedensten Aufgaben verfolgen, verschiedener und umfassender, als sie hier vorgesehen sind. Diese auf ungenügenden Grundlagen beruhenden Genossenschaften sollen nur für die Unfallversicherung maßgebend sein, gehen wir nur einen Schritt weiter, etwa zur Invaliden-Versicherung, so sind sie absolut nicht mehr brauchbar. Es fehlt ferner den Gefahrenklassen die wirkliche Gemeinsamkeit, sie sind nichts anderes, als ein kalkulatorischer Begriff, dazu eingerichtet, nach gewissen Prozentsätzen die Beiträge von den Betreffenden einzuziehen. Auch die Betriebsgenossenschaften entsprechen keineswegs dem, was sie sein sollten, ihrem Namen und ihrer Bestimmung nach, sie sind schon durch die Unvollkommenheit der Gefahrenklassen mit getroffen. Außerdem werden noch Betriebsverbände vorgesehen, die in noch höherem Grade als Betriebsgenossenschaften jedes inneren gemeinschaftlichen Prinzips entbehren. Endlich haben wir es mit Abtheilungen zu thun, die theils kalkulatorisch, theils obligatorisch sein können. Und alle diese mühsam aufzustellenden Schranken und Unterscheidungen sind vorläufig als ganz veränderlich hingestellt. Das ist nicht genossenschaftlich. Aber auch die Genossenschaften selbst sollen sich in verschiedener Weise ändern können. Zu alledem kommen noch die sieben Kategorien der Krankenversicherung. Das ist zu viel für das Verständnis der Massen. Die Funktionen dieser Genossenschaften nun sind äußerst dürftige, fast nur kalkulatorische. Es giebt nur zwei ernste Funktionen: die Feststellung der Schäden und die Verhütung der Unfälle. Zu der ersteren ist dieser große Apparat nicht nöthig und was die letztere betrifft, so ist auch da eine große Inkonsequenz zu beklagen, weil den Genossenschaften nur die Befugnis, aber keine Verpflichtung zur Verhütung von Unfällen ertheilt wird. Es ist dann gesagt, die Arbeiter wären ja auch betheiligt und zwar hauptsächlich beim Schiedsgerichte. Die Arbeiter haben allerdings auch eine Rolle bei den Vorschlägen zur Verhütung der Unfälle, aber nur eine begutachtende. Die Entschädigungen sollen von einem Schiedsgericht beurtheilt werden. Bei der Zusammensetzung desselben erscheint mir das nicht unbedenklich. Denn der Vorsitzende ist ein Staatsbeamter, und man muß sich erinnern, daß noch ein Reichszuschuß von 25 Prozent existiren soll. Die Hälfte der Arbeiterschiedsrichter wird bestellt aus den Krankenkassen-Vorständen. Da in diesen auch Werkmeister und Aufseher als Arbeiter sitzen, so können reine Arbeiter nicht immer furchtlos auftreten. Die große Mehrzahl der Arbeiter wird diese Schiedsgerichte darum wohl kaum unparteiisch und genügend kompetent anerkennen. Eines der Hauptmomente der Vertheilung der Kosten ist der Reichszuschuß, der wenigstens bedingungsweise vorgeschlagen wird, außerdem aber die Uebertragung der ersten 13 Wochen auf die Krankenversiche-

*) Wir geben die Rede des Anwalts Dr. Max Hirsch hier ausführlicher wieder und verweisen im Uebrigen darauf, daß dieselbe im Separat-Abdruck nach dem stenographischen Bericht erschienen und für den Partienpreis von 10 Pf. durch das Verbandsbureau zu beziehen ist. Die Redaktion.

rungen, dadurch verlegt man das Prinzip, daß die Unfallversicherung abgefordert sein sollte innerhalb der gesamten Arbeiterversicherungen. Es wird aber auch damit die ungeheure Mehrzahl der ganzen Betriebsunfälle von der Unfallversicherung fortgenommen und auf die Krankenversicherung gewälzt. Höchst bedenklich ist, daß in den ersten 13 Wochen eine geringere Entschädigung gezahlt wird an den Verunglückten als in der ferneren Zeit. Darin liegt eine schwere Gefährdung der Heilung, der Wiederherstellung der Arbeitskraft. Auch in dem Prinzip der Umlage erblicke ich einen gewaltigen Rückschritt. Sie kennzeichnet sich als eine Vorgewirtheitschaft, eine Belastung der Zukunft zu Gunsten der Gegenwart. Im ersten Jahre wird nur 1 pro Mille jährlich erhoben, mit jedem weiteren Jahre schwillt die Summe an und so kann es kommen, daß in Jahren allgemeineren Rückganges, des Krieges, die höchsten Summen gezahlt werden müssen. Geht nun aber eine Industrie zurück, welche die vollständige Versorgung der Hinterbliebenen schuldig geworden ist, dann wird nach der Vorlage die betreffende Genossenschaft einfach aufgelöst und mit einer andern verbunden; reiner Kommunismus, was eine Industrie verbrochen wird auf eine andere übertragen. Die Krankenversicherung soll sich auf die bestehenden Kassen stützen und dieselben weiter ausbauen. Dies bezieht sich aber nur auf den Zwang. Insofern man dieses ganz fremdartige Element der Unfallversicherung hineingenommen hat, ist geradezu ein schädliches Ferment hineingekommen, welches die eigentliche Organisation der Krankenversicherung zu schädigen geeignet ist. Es ist nämlich keine Karenzzeit gestattet und kein Eintrittsgeld beim Eintritt. Hierdurch wird es den freien Arbeiterklassen unmöglich sein, weiter zu existieren. Hierdurch wird das Resultat jahrelanger Mühe vernichtet und das Vertrauen der Arbeiter zur Selbsthilfe erschüttert. Auch aus diesen Vorlagen leuchtet der Geist der Beschränkung und Bevormundung, ein Mißtrauen gegen das Volk und insbesondere gegen die Arbeiter. Dann soll man sich aber nicht wundern, wenn das Mißtrauen aus dem Volke zurückprallt auf die andere Seite. Es ist Aufgabe der Gesetzgebung, die Entjaktung und Selbstbeteiligung des Arbeiterstandes nicht zu hemmen, sondern zu fördern. Deswegen bitte ich Sie dringend, bei allem Ernste und bei aller Bereitwilligkeit, beizutragen zu einem möglichst baldigen Zustandekommen einer wirklichen Unfallversicherung, alle diejenigen Bestimmungen abzulehnen, welche die freie Bewegung des Volkes und der Arbeiter beeinträchtigen. (Beifall links.)

Abg. Sonnemann (Volkspartei) kann sich eher mit der Vorlage befreunden, will aber ebenfalls nicht, daß den freien Krankenkassen der Boden entzogen werde. Für die Befreiung von den Beiträgen könnten die Arbeiter einen Theil der Unfallentschädigung tragen (Sehr hübsch, Hr. Sonnemann!). Redner verwirft den Reichszuschuß, der ja jetzt schon gegen die früher gemachten Versprechungen bedeutend zusammengeschrumpft sei. Derselbe bedeuete eine nicht gerechtfertigte Belastung der Steuerzahler zu Gunsten der Industrie. Hoffentlich würden, wenn auch erst später, die Entwürfe in wesentlich verbesserter Gestalt zur Annahme gelangen.

Abg. Krämer (Sozialist) will, gleichviel auf welche Art, die Vorlagen so rasch als möglich „erlebigt“ sehen und erklärt sich gegen eine Karenzzeit der Krankenkassen; dieselben müßten sofort eintreten, wenn ein Krankheitsfall vorliegt. (!?)

Abg. von Malchahn Gölz (konservativ) hofft, daß sich eine Einigung über die Vorlagen erzielen lassen werde. (Beachtungswürdig ist jedoch, daß dieser Redner die 13 wöchentliche Karenzzeit als zu groß verwirft!).

Abg. Petersen (nationalliberal) hält „einstweilen“ den Reichszuschuß für bedenklich, hofft aber im Uebrigen ebenfalls, daß die Verathung ein positives Resultat ergeben möge.

Abg. Dr. Lasker stimmt mit dem Hauptgedanken der Vorlagen sowohl, als auch mit den Bestrebungen der Regierung, den Arbeiter vor dem Ruin zu schützen, überein, ebenso mit der Ueberweisung der ersten 13 Wochen bei Unfällen an die Krankenkassen, denen er jedoch den Regreß an die Arbeitgeber vorbehalten will. Redner behauptet aber, daß die Vorlage bei Lösung dieser Fragen in zwei Punkten sich irrt. Der erkrankte Arbeiter werde durch diese Vorlage nicht vor dem Ruin geschützt, denn die Mittel, welche gewährt werden, seien zu knapp bemessen. Der zweite Punkt bestehe darin, daß ganz fremdartige Materien, nämlich die Unfallversicherung mit dem Krankenkassenwesen innerlich verbunden werden. Er halte eine Regelung des Krankenkassenwesens auf der Grundlage des vorliegenden Gesetzes nicht bloß für möglich, sondern auch für wünschenswerth und erkläre

sich entschieden gegen den Reichszuschuß. Die Industrie könne die Lasten allein tragen und würde sich dessen auch nicht weigern.

Charakteristisch für die Stellung einzelner liberaler Abgeordneten sind nimmehr noch die Ausführungen des letzten Redners, des

Abg. Lenzmann (Fortschritt), der sich für die Zwangsversicherung erklärt, hingegen wider den Regierungszuschuß ist. Redner hat das Gefühl, daß die Vorlagen nicht so sehr auf das Wohl der arbeitenden Klassen berechnet seien, als vielmehr darauf, den Arbeiter für die Politik der Regierung zu gewinnen. Man müsse aus den Vorlagen etwas machen, was den Arbeiter nütze, und er sei bereit, um etwas zu Stande zu bringen, bis in den Sommer zu sitzen. Redner legt die Nothwendigkeit verschiedener Abänderungen dar und schließt: „Alles andere kann stehen bleiben, namentlich die Zwangsassoziationen. Denn es giebt Gegenden, die nicht freiwillig zu der Versicherung beitreten werden, gegen diese muß ein Zwang geübt werden. Man möge auch die landlichen Arbeiter unter dieses Gesetz stellen, um so mehr, als gerade unter diesen die meisten ungeschulten Maschinenarbeiter zu finden sind“.

Die Diskussion wird nimmehr geschlossen, und beide Vorlagen nach dem Antrage des Abg. Lasker an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Wohlmals die Lungenschwinducht.

Kürzlich hielt Hr. Dr. L. Löwe, Spezialarzt für Ohrenleiden, vor einem zahlreichen Herren- und Damen-Publikum in Berlin einen Vortrag über Schwinducht, der mit Rücksicht auf die neuen Entdeckungen Koch's*) besonderes Interesse beansprucht, insofern er die Vorgeschichte dieser Entdeckungen schilderte. Es war schon lange aufgefallen, daß Leute, welche in ihrer Jugend an Skropheln gelitten hatten oder ohrenkrank gewesen waren, im späteren Lebensalter häufig schwindüchtig werden. Villemin in Paris, sowie Lebert und Wgh in Breslau unternahmen es, den Zusammenhang zwischen Skropheln und Ohrenkrankheiten einerseits und Schwinducht andererseits festzustellen. Sie fanden zuvörderst, daß bei Leuten, die früher Skrophulös oder ohrenkrank gewesen sind, in den betroffenen Organen häufig alte Eitermassen vorkommen, die unzweifelhaft von jenen alten Leiden herrühren. Spritzten sie etwas dieses alten Eiters unter die Haut gesunder Hunde oder Kaninchen, so wurden sämtliche Versuchsthiere schwindüchtig. Darin lag der Hinweis, daß wenn Schwinducht bei in obiger Weise früher erkrankt gewesenen Personen vorkommt, auf Selbstansteckung mit dem eigenen Eiter zu schließen ist. Nun existiren aber zahllose Schwindüchtige, die nie an Skropheln oder Ohrenkrankheiten gelitten haben. Daß auch bei diesen Ansteckung vorliegt, freilich Ansteckung von außen her, hat zuerst Dr. Tappeiner, Ladearzt in Meran, nachgewiesen. Tappeiner sammelte den Auswurf Schwindüchtiger, trocknete ihn zu einer festen Masse ein und pulverisirte diese. Wenn das Pulver in einem Saale verstreut wurde, in dem sich mehrere bis dahin ganz gesunde Hunde befanden, so wurden letztere sämtlich schwindüchtig, während dasselbe, dem Futter beigegeben, keine schädlichen Folgen bewirkte. Damit war bewiesen, daß der Schwinduchtsstaub nur in der Lunge, nicht aber im Magen, anstehend wirkt. Hunde, stundenlang mit Schwindüchtigen in verschlossenen Behältern zusammengebracht, wurden nicht krank; man darf demnach dem Athem des Kranken nicht ebenso wie ihrem Auswurfe, Ansteckungsfähigkeit zuschreiben. Das Schwinduchtsgift selbst war einstweilen noch unbekannt; daß dasselbe aber kein todtter, kein unorganischer Körper sein konnte, lag auf der Hand. Solcher Körper würde, wie Arsenik, Phosphor oder Blausäure, entweder ohne Weiteres, oder überhaupt nicht getödtet haben. Die Menge des beigebrachten Schwinduchtsgiftes war für solche Wirkung auch eine viel zu geringfügige; es verhielt sich außerdem ganz anders. In den ersten Wochen nach erfolgter Eindringung brachte es fast gar keine Erscheinungen hervor; erst allmählich wurde die Wirkung sichtbar, wurde sie stärker und stärker bis zum tödlichen Ausgange. Eine solche Thätigkeit erklärt sich nur unter der Annahme, daß das Gift im Körper sich selbstständig vermehrt, bis es massenhaft genug vorhanden ist, um jenen Ausgang herbeizuführen; es muß also ein lebendes Wesen, ein Mikroorganismus sein. In der That haben schon viele Aerzte vor Koch den Schwinduchtspaltpilz gesehen und beschrie-

*) Siehe unsere Artikel in Nr. 17 und 18 „Zur Frage der Lungen-Schwinducht.“ Die Redaktion.

ben, Koch aber gebührt das Verdienst, die Sache mit der nöthigen Energie verfolgt und damit zu einem so glänzenden Abschluß gebracht zu haben.

Sozialpolitische Nachrichten.

** Durch die Blätter (auch liberale) geht die Notiz, daß die verbündeten Regierungen damit einverstanden sein würden, wenn in dieser Session des Reichstages von den beiden sozialpolitischen Vorlagen (Unfall- und Krankenversicherung) nur allein das Krankenversicherungsgesetz zu Stande käme! Man scheint sich schließlich auch in liberalen Kreisen mit der Ansicht nach und nach vertraut zu machen, daß „etwas zu Stande gebracht“ werden muß. Allerdings eine sehr bedauerliche Thatsache, die unseren Mitgliedern die dringende Veranlassung geben muß, so massenhaft als möglich, die Petition des Centralraths gegen die genannten Vorlagen zu verbreiten und beim Reichstage einzuliefern, um den Herren wenigstens zu zeigen, daß die Arbeiter mit diesem etwas „zu Stande“ bringen nicht einverstanden sind.

** Das Tabaksmonopol ist nunmehr durch die Kommission des Reichstages mit 21 gegen 3 Stimmen abgelehnt worden. Ebenso sprach sich die Kommission gegen eine weitere Erhöhung der Tabaksteuer aus. Die Ablehnung im Reichstage wird wohl in demselben Stimmenverhältnis erfolgen und damit das Monopol hoffentlich beseitigt sein.

Vereins-Nachrichten.

§ Schlierbach, den 20. Mai 1882. Auszug aus den Protokollen des 1. Quartals 1882. Es fanden 3 Generalversammlungen, sowie 3 Ausschussungen statt. In den Versammlungen wurden neben örtlichen Angelegenheiten verschiedene Artikel aus der „Ameise“ diskutiert, so unter Anderem auch der Antrag des Generalraths II. Das Resultat der Abstimmung ergab, daß sämtliche 9 anwesenden alten Mitglieder dagegen stimmten. Beschlissen wurde, daß die für das Vereinsarchiv gehaltenen Blätter „Ameise“, „Gewerkverein“ und „Sprechsaal“ für die Zukunft nicht mehr eingebunden, sondern vom Schriftführer in einem blauen Bogen eingestepet werden sollen. Angemeldet wurden 3 Mitglieder. Der Abschluß des 4. Quartals 1881 wurde vom Kassirer vorgelegt und für richtig befunden. Die Ortsvereinsbeiträge wurden in jeder Versammlung erhoben.

Auszug aus den Protokollen der Mitglieder-Versammlungen der Krankenkasse (eingeschriebene Hülfskasse.) Es fanden 3 Mitglieder-Versammlungen sowie auch drei Ausschussungen statt. Von verschiedenen Mitgliedern waren Beschwerden eingelaufen über 2 der zur Zeit erkrankten Mitglieder, daß sich dieselben nicht statutengemäß verhielten. Der Vorsitzende wurde beauftragt, sie deshalb zu rügen und im Wiederholungsfall Verlust der Unterstützung anzudrohen. Der Abschluß des 4. Quartals 1881 wurde geprüft und für richtig befunden. Die Beiträge wurden in jeder Versammlung erhoben.

S. A. Adam Raab, Schriftführer.

§ Delze. Protokoll der Ortsversammlung vom 7. Mai 1882. Nachdem die Mitgliederliste verlesen, welche 17 Anwesende ergab, wurde das Protokoll der vorigen Versammlung bekannt gemacht und ohne Debatte genehmigt. Hieraus eröffnete der Vorsitzende die Versammlung Nachmittags 4 Uhr und macht die Tagesordnung bekannt, auf welcher folgende Punkte verzeichnet waren: 1. Innere Angelegenheit des Vereins, 2. Rassenabschluß pro 1. Quartal 1882, 3. Einzahlen der Beiträge, 4. Abmeldung eines Mitgliedes. Bei Punkt 1 regte der Vorsitzende und Unterzeichnete die Mitglieder zur Agitation an und soll das uns zugesandte Blatt „Handwerker und Arbeiter“ im Gasthaus zur Krone, später im Gasthaus zum Ritter ausgehängt werden.*) Zu Punkt 2 verlas der Kassirer den Stand der Kasse, worin eine Einnahme von 45 M. 74 Pf., eine Ausgabe von 35 M. 74 Pf. verzeichnet waren, Bestand der Kasse am Schluß des Quartals 10 M. Hierauf erklärt der Revisor, daß er Kasse und Bücher im besten Zustand befunden hätte und wird hierauf der Kassirer entlastet. Zu Punkt 3 wurden die Wochenbeiträge vom Kassirer entgegengenommen und zu Punkt 4 meldet sich das Mitglied Nr. 2517, Huldreich Lehmann, statutengemäß von dem Verein ab. Da hiermit die Tagesordnung erschöpft war, trat Schluß der Versammlung Nachmittags 5 Uhr ein.

Hierauf wurde die Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle eröffnet. Anwesend sind ebenfalls 17 Mitglieder. Nach Verlesung und Genehmigung des vorigen Protokolls wird in die Tagesordnung eingetreten, dieselbe lautet: 1. Diskussion, 2. Rassenabschluß, 3. Einzahlen der Beiträge und 4. Abmeldung eines Mitgliedes. Zu Punkt 1 wurde lebhaft über das Agitationsplakat gesprochen, und mit Selbstzufriedenheit den Mitgliedern die schon jetzt schönen Ziffern detailliert, welches den allgemeinen Wunsch hervorrief, daß der Gewerkverein so fort wache, blühe und gedeihe und wurde ebenfalls beschlossen, das uns zugesandte Blatt zur Einsicht aller Interessenten auszuhängen. Zu Punkt 2 berichtet der Kassirer über den Rassenstand: Einnahme 181 M. 15 Pf., Ausgabe 74 M. 67 Pf., michin Bestand am Schluß des Quartals 106 M. 48 Pf. Die Richtigkeit der Bücher und Kasse bestätigt der Revisor, worauf dem Kassirer Decharge erteilt wurde. Zu Punkt 3 wurden die Beiträge entgegengenommen und zu Punkt 4 meldete sich wie oben Huldreich Lehmann ab, womit die Versammlung Nachmittags 6 Uhr ihr Ende erreichte.

Edmund Hoffmann, Schriftführer.

*) Es ist dies für alle Vereine zur Nachahmung zu empfehlen.

Die Redaktion.

Verantwortlich für die Redaktion Georg Lenk. Druck und Verlag von Gustav Dentsch, Berlin N.W., Alt-Moabit 53.

§ Wallendorf. Protokoll der Ortsversammlung vom 8. Mai 1882. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden Herrn Wilt. Stahl in Anwesenheit von 11 Mitgliedern Abends 8 Uhr eröffnet. Das Protokoll von letzter Versammlung wurde verlesen und genehmigt. Ferner liest Herr Gustav Krüger einen Artikel aus dem „Gewerkverein“ vor und wird nach diesem in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 1. Zahlen der Beiträge. Der Kassirer nimmt, soweit die Mitglieder anwesend, die Beiträge entgegen. Ferner wird über verschiedene Restanten gesprochen, und wird der Vorsitzende von der Versammlung beauftragt, dieselben aufzufordern, bis spätestens Sonnabend, den 13. Mai ihre Reste resp. Beiträge zu begleichen, widrigenfalls sie nach § 6 des Statuts gestrichen würden. Punkt 2. Anträge und Beschwerden. Revisor Gustav Krüger wünscht, daß in nächster Zeit die Rechnungsabchlüsse pünktlicher eingekommen werden, was auch geschehen soll. Punkt 3. Ausschluß von Mitgliedern. Trotzdem oben erwähnte Restanten vom Vorsitzenden mündlich aufgefordert worden sind, haben dieselben ihre Reste resp. Beiträge nicht beglichen und werden deshalb nach § 6 des Statuts ausgeschlossen: Oskar Krüger, Dreher, Karl Rosenbaum und Eduard Pfeifer Blumenbeleger. Punkt 4. Bibliothekangelegenheiten. Es soll auf das Werk „Freie Stunden“ abonniert werden und wird unterzeichneter Schriftführer beauftragt, selbiges zu bestellen. Punkt 5. Rassenbericht pro 1. Quartal 1882. Derselbe ergibt: Vortrag vom vorigen Quartal 21 M. 90 Pf., Wochenbeiträge von 18 Mitgliedern 23 M. 40 Pf., Abonnementsbeiträge der „Ameise“ 5 M. 40 Pf., Summa 50 M. 70 Pf. Ausgabe: Porto und Bureaubedarf 0,50 M. Abonnement für 1. Quartal à 45 Pf. 8 M. 10 Pf. Verbands- und Agitationsbeiträge à 15 Pf. 2 M. 70 Pf. 50% an die Generalrathskasse 11 M. 70 Pf. 10% zu Bildungszwecken 2 M. 34 Pf. Summa 25 M. 34 Pf., bleibt Vortrag für nächstes Quartal 25 M. 36 Pf. Da alles für richtig befunden, wurde der Kassirer entlastet. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung um 9 Uhr Abends.

Nach Eröffnung der Versammlung der örtl. Verwaltungsstelle erfolgte ebenfalls Einzahlung der Beiträge und dann Rassenbericht pro 1. Quartal 1882. Derselbe ergibt Vortrag vom vorigen Quartal 92 M. 39 Pf. Wochenbeiträge 1. Klasse 31 M. 20 Pf. Wochenbeiträge 2. Klasse 12 M. 74 Pf. Summa 136 M. 33 Pf. Ausgabe: 50% an die Hauptkasse 21 M. 97 Pf. Porto 10 Pf. Entschädigung des Kassirers 88 Pf. Summa 22 M. 95 Pf., bleibt Bestand fürs nächste Quartal 113 M. 38 Pf. Da alles in Ordnung befunden, wurde der Kassirer entlastet und da sonst nichts vorlag die Versammlung Abends 10 1/4 Uhr geschlossen.

Wilhelm Greiner, Schriftführer.

Betreffs der Arbeitsstatistik

ersuche die fehlenden Ortsvereine nochmals um unverzügliche Einsendung. Georg Lenk, Hauptschriftführer.

* Quittung.

Für das nothleidende Mitglied des Ortsvereins der Porzellanarbeiter Budau, J. Giesmann, sind ferner eingegangen: von dem Dreherpersonal der Hubbeschen Porzellanfabrik Neuhaldensleben 12 Mark durch H. Asmann. Vom Ortsverein Sophienau 6,60 Mark durch H. A. Scholz. Dankend quittirt A. Seidel, Budau, Feldstraße 61.

Versammlungskalender.

* Delze. Ortsversammlung am Sonnabend, den 27. Mai 1882 Abends 8 Uhr im Vereinslokal. — Nachdem Versammlung der örtlichen Verwaltungsstelle. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Verhältnißhalber wird um pünktliches Erscheinen gebeten.

Ed. Hoffmann, Schriftführer.

* Althaldensleben. Ortsversammlung am Sonnabend, den 27. Mai 1882 Abends 8 Uhr bei Hebestreit. Tagesordnung: 1. Anträge und Beschwerden, 2. Zahlen der Beiträge. Nachdem Versammlung der Hülfskasse mit derselben Tagesordnung.

M. Niede, Schriftführer.

Zur Beachtung!

Empfehlenswerthe Schriften für die Ortsvereine, zu beziehen durch das Verbandsbureau, S., Alte Jakobstraße 64.
Natur und Ursachen des Volkswohlstandes von Adam Smith 16 Lieferungen à 40 Pf.
Der Handwerker nach den Forderungen der Gegenwart, von G. Kalb. 60 Pf.
Die Hülfskassen-Gesetze, von Dr. Max Girsch. 10 Pf.

Anzeigen.

Für Porzellanmaler.

Da meine Methode bereits Nachahmer findet, nehme ich keinen Anstand mehr, dieselbe auch fernerhin gegen Einsenden von 10 Mark mitzutheilen, wofür jeder auch wenig geklarte Zeichner in den Stand gesetzt wird, beliebige künstlerisch ausgeführte Bilder (auch Photographien) in wenig Minuten einige Duzendmal auf zu bemalende Gegenstände von Porzellan, Thon, Holz, Leder u. s. w. mit photographischer Treue in Feder-Manier zu übertragen. Ein überraschender Erfolg wird garantiert. Probemuster gratis und franko.

Georg Bartsch

Ingenieur in Blasewitz bei Dresden.

(2,80)

Arbeitsmarkt.

2 Porzellanmaler, tüchtig in Dekor und Schrift, finden sofort gutlohnende und dauernde Beschäftigung. Gest. Offerten unter P. M. postlagernd Rudolfsstadt i. Th.

(0,45)